

Łódź, Mittwoch, den 5 November 1919

Preis 25 Pf.

Englands Gedanken über die Zukunft des deutschen Außenhandels.

Der Gedanke, daß Deutschland in den nächsten Jahren ein ernster Rivale irgend einer der aliierten Nationen auf dem Gebiete des Handels werden kann, wird nicht nur in denjenigen deutschen Kreisen, die sich in dieser Beziehung ein Urteil zu bilden am besten in der Lage sind sondern auch von den jetzt zahlreich in Deutschland vertretenen Kaufleuten und Industriellen der Ententeländer als unwahrscheinlich bezeichnet.

Von einer drohenden Schleuderkonkurrenz von

seiten Deutschlands in Fertigfabrikaten, Chemikalien, Hartstoffen, Eisenkunstwaren, Haushaltungsgegenständen, Spielwaren, Stoff u. s. w. kann

niemals eine Rede sein. Schon zur Hebung

seiner Wirtschaft wird Deutschland die Auslands-

preise so hoch als irgend möglich ansetzen.

Wenn auch die für den Massenexport bestimmten

Waren in Deutschland vorhanden waren, so sind

sie doch höchstens in solchen Mengen vorräufig

gewesen, daß sie in den Ententeländern Bevorzugung

nicht zu erwarten brauchten. Dies geben jetzt

sich diejenigen ausländischen Bemühungen zu,

die früher nicht genug vor einer Überflutung der

Auslandsmärkte durch Deutschland gewarnt haben.

Doch Deutschland wieder genessen

wird und daß dies nicht nur im Interesse

Europas, sondern auch im wohlverstandenen englischen Interesse liegt, unterliegt heute auch in

England keinem Zweifel. Die letzte Leipziger

Messe ergab den Eindruck, daß die Deutschen

sich mit gewohnter Elastizität an die

Wiederaufgabe herangemacht haben, ihre durch

den Krieg zerstörten Industrien, namentlich durch

Spezialisierung in mechanischen und elek-

trotechnischen Neuheiten, bei denen aus-

ländische Rohstoffe und Kohle keine so große

Rolle spielen, wieder aufzubauen und in diesen

Artikeln auf den neutralen Märkten festzuh

z zu lassen.

Wenn sich auch in Deutschland die Überzeugung Bahn breite, daß der Wiederaufbau nur mit Hilfe der Alliierten mög-lich ist, da namentlich der Überseehandel voll und ganz von ihnen abhängt, so ist man trotzdem hoffnungsvoll und freudig gestimmt.

Das Problem, das Deutschland heute lösen muß, ist einmal: Rohstoffe, deren es jetzt mehr noch als früher bedarf, bei dem fast völlig dahingeschwundenen Wert der deutschen Wirtschaft möglichst vorteilhaft einzukaufen, andererseits; die ihm zur Beisigung sicheren Erzeugnisse möglichst in voll auszunutzen. Diese natürlichen Schwierigkeiten gegenüber besitzt Deutschland nach englischer Ansicht zwei Voraussetzungen, die hoch bewertet werden können. Es stellt, da es inzwischen durch den niedrigen Stand der Wirtschaft von den Ententeländern ausgenutzt wurde, selbst einen großen Absatzmarkt dar, zweitens besitzt es ein mächtiges und geschultes Arbeitervolk, dessen Leistungen sich in der letzten Zeit bedeutend verbessert haben. Nach einem Bericht des Schatzamtes Klöckner, des Vorsitzenden des Ausschusses des Hauptrates des Hütten- und Stahlwerkes, hat ein großer Teil der schwerindustriellen Betriebe das Alkoholsteuern wieder eingeführt. Die Arbeiter empfinden von Worte zu Worte mehr, daß dieses System sehr zu ihrem eigenen Nutzen arbeite; insgesamt haben auch die Betriebe steigende Arbeitsleistungen aufzuweisen.

Da ferner die Kohlenförderung in den rheinisch-westfälischen Gruben in guter Fortentwicklung steht und wohl von sämtlichen Beobachtern, von einem Herausgehen der Förderleistungen geprahnt werden kann, so gewinnt Geheimrat Klöckner den Eindruck, daß die Krankheit, welche durch den Hungerkrieg und die Revolution sich in den Reihen der Belegschaften breit gemacht hatte, allmählich verschwindet. Die Arbeiter kommen trotz mancher Ausfälle noch und noch zur Überzeugung, daß auch ihr Wohl in intensiver Arbeit liegt.

Da Deutschland weiß, daß es sich auf eine Reihe von Jahren auf die dringendsten Lebensbedürfnisse beschränken muß und da es gewohnt ist, knapp zu rationieren, so wird es unter Auschaltung aller Luxusbedürfnisse nur für eigene Arbeit erforderliche Rohstoffe einzuführen, in Wirklichkeit also nur den Wert seiner Arbeit exportieren. Hierdurch lohnt es auch die Zinsen und die ihm jetzt von Amerika und England einzurückenden Kredite für Rohstoffe nach und nach zurückzahlen zu können. Wenn auch die Entente diese Kreditgewährung vorläufig noch als ein Hazardspiel auffaßt, so muß sie doch im Interesse des Weltfriedens dieses Spiel wagen. Deutschland seinerseits strengt dagegen bei dieser so lebenswichtigen Arbeit alle

Geisteskräfte an, um dieses Risiko zu mindern und einen Ausweg aus seiner wirtschaftlichen Notlage zu finden. Wenn es gelingt, Arbeit, Ordnung und Recht gänzlich wiederherzustellen und aufrecht zu erhalten, dann wird auch die Krisenzeit der Wiederaufstellung in den Friedensbetrieb ohne schwere neue Erhöhlungen und ohne großes Risiko für die Entente vor sich geben können. Dass dies Deutschland gelingen wird, ist heute schon englische Überzeugung. H. P.

Bethmann Hollweg und die Friedensmöglichkeiten.

Aus Berlin wird gemeldet: Der zweite Untersuchungsausschuss des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Friedensmöglichkeiten untersuchen soll, nahm die Arbeiten mit der Bemühung gegen den Bolschewismus, von ihrem Ende ab.

Die Verhandlungen fanden diesmal im großen Saale des Hauptauschusses im Reichstagssaal statt. Um 1/21 Uhr eröffnete der Vorsitzende Abg. Warmuth die Sitzung und räumte zuerst die Bereitstellung des Reichskanzlers vor, der in Begleitung seines eisernen Unterstabschefes Wahnschaffe erschienen war. Er richtete an den früheren Reichskanzler folgende drei Kernfragen:

1. Aus welchen Gründen ist das Friedensangebot vom 12. Dezember durch die Mittel möglichst erzielt, obgleich die Friedensaktion Wilsons durch Deutschland angeregt und bis höchstens Ende Dezember in sichere Aussicht gestellt war?

2. Aus welchen Gründen wurden Wilsons die sozialen Friedensbedingungen nicht mitgetragen?

3. Aus welchen Gründen hat die politische Friedensleitung, die von ihr angeregte Friedensaktion Wilsons nicht weiter betrieben und statt ihrer Zustimmung zur Führung des rücksichtslosen U-Bootkrieges gegeben?

Der frühere Reichskanzler von Bethmann Hollweg, der gegenüber dem Vorsitzenden am Deutschen Platz genommen hatte, ging in längeren, weit ausgedehnten Darlegungen auf den gesamten Fragenkomplex ein und sah seine Antwort dahin zusammen:

Die Berliner Centralstelle war zweifelhaft, ob der Friedenschritt Wilsons überhaupt erfolgen werde und ob er noch in eine günstige militärische Lage fallen würde. Die Berliner Centralstelle zog daher vor, um den militärischen Zeitpunkt nicht zu verpassen und um durch eine öffentliche Aktion zu den Völkern der Entente vorzudringen, den Weg des öffentlichen Friedensangebots zu beschreiten. Zu der zweiten Frage äußerte sich der frühere Reichskanzler dahin, daß die positive ausgeschworene Bitte um vertrauliche Mitteilung der Friedensbedingungen erst in die allerletzte Periode vor dem Krieg mit Amerika gefallen sei. Ein breiter Raum in seinen Betrachtungen nahm die Frage der Zustimmung zum U-Boot-Krieg ein. Die Oberste Heeresleitung forderte den U-Boot-Krieg. Hinunter dieser Forderung der Oberste Heeresleitung stand ein gewaltiger Teil des Volkes. Mit erhobener Stimme schloß er, daß die Mehrheit des deutschen Volkes und seine gesetzliche Vertretung das Übergewicht der militärischen Leitung gewollt habe und daß es wohl nur einem Manne von der Autorität Bismarcks möglich gewesen wäre, auch in einer solchen Lage die Einheitlichkeit der Führung zu erzielen.

Die weitere Verhandlung wurde daraufhin verlängert.

Die deutsche Antwort auf die Blockadenote.

Die im Auszug bereits kurz mitgeteilte Antwortnote der deutschen Regierung an die Verbündeten auf die Einladung zur Beteiligung an der Blockade Sowjetrusslands hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung hat ständig durch Wort und Tat bewiesen, daß sie sich der schweren Gefahren voll bewußt ist, die die Ausbreitung des Bolschewismus für Kultur und Wirtschaft aller Völker bedroht. Die deutsche Regierung hat selbst im eigenen Lande nicht unerhebliche kommunistische Bewegungen erlebt und sie mit Erfolg bekämpft. Sie war deshalb in der Lage, über Ursachen und Ausbreitung bolschewistischer Strömungen eigene Erkundungen zu sammeln, auf Grund deren sie es für ihre Pflicht hält, darauf hinzuweisen, daß ihr die von den alliierten und assoziierten Regierungen vorgebrachten Maßnahmen gegen das bolschewistische Russland den gewollten Zwecken nicht zu entsprechen scheinen.

Das deutsche Volk hat in den letzten Jahren die Wirkungen der Hungerblockade in ihre ganzen Durchbarkeit gespürt, es weiß, daß unter ihr in erster Linie Kinder, Frauen und Männer, also an der Kriegsführung Unbeteiligte, in grausamster Weise gelitten haben. Es weiß auch, daß die Blockade auf die Geistesverfassung der Bevölkerung in zerstörendem Sinne gewirkt und die anachrhistischen Bewegungen nur gefördert hat, statt sie zu hemmen. Es steht zu befürchten, daß sich diese Erfahrungen in Russland wiederholen würden.

Zwangsmassnahmen von außen gelten in Russland immer als Werkzeug der Reaktion, die von den demokratischen Elementen des Landes besonders noch mehr gefürchtet wird als der Bolschewismus. So werden gerade die demokratischen Kräfte, das stärkste Element im Kampf gegen den Bolschewismus, von ihrem Ende ab eingeschüchtert und gelähmt. Die antibolzhevistische Strömung, die sich tiefer in die Arbeiterschicht hinein erstreckt als es nach außen hin den Anschein hat, wird nicht durch wirtschaftliche Sperrung, sondern vielmehr dadurch gefährdet, daß sich der darmiederliegenden russischen Volkswirtschaft Aussicht auf baldige Hilfe eröffnet.

Nur von der Wiederherstellung des für den ruhigen Wiederausbau Europas so notwendigen Kontakts mit anderen Völkern läßt sich eine Ausgleichung des politischen Lebens in Russland an die europäischen Demokratien erhoffen.

Hinzu kommt, daß sowohl nach den allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen, wie auch in besondere nach der Satzung des künftigen Völkerbundes im vorliegenden Falle Voraussetzungen für die Verhängung der wirtschaftlichen Blockade nicht gegeben sein dürfen.

Aus allen diesen Gründen hält die deutsche Regierung noch wie vor die von ihr vertretene Politik der Neutralität in Russland nicht nur für grundsätzlich berechtigt, sondern auch für tatsächlich zweckentsprechend. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß die Bereitstellung Deutschlands an dem von den alliierten und assoziierten Regierungen blockiert ist und zu Lande eine gemeinsame deutsch-russische Grenze nach dem Inkrafttreten des Friedens nicht mehr bestehen wird.

Die deutsche Regierung ist bereit, sich an der Auseinandersetzung über die in Betracht kommenden Fragen, deren weltpolitische Bedeutung sie gewisshend wertet, zu beteiligen. Sie wird sich all in ihr irgendwie zweckmäßig erscheinenden Maßnahmen, die das gemeinsame Ziel des Schutzes gegen den Bolschewismus erreichen helfen, gern anschließen. Die deutsche Regierung kann jedoch nicht umhin, in ernster Form darauf aufmerksam zu machen, daß ein Zusammenwirken der Mächte nur dann erforderlich sein könnte, wenn über der Erkenntnis des gemeinsamen Interesses auch die Achtung und loyale Anerkennung der gegenwärtigen Rechte gestiftet ist. Dass diese Voraussetzung vorliegt, kann aber solange kaum angenommen werden, als die alliierten und assoziierten Regierungen es für angängig erachten, in demselben Augenblick, in dem sie Deutschland zur Teilnahme an der Blockade auffordern, über deutsche Küsten und deutsche Schiffe selbst Blockademassnahmen zu verhängen.

Das Ende der bolschewistischen Gegenoffensive.

Lyon, 3. November. (Pat.)

Aus Riga wird gemeldet: Einem Heeresbericht aus dem Hauptquartier des Generals Judenitsch folge, kann man die bolschewistische Gegenoffensive wesentlich von Krasnoje Selo als gänzlich eingestellt betrachten. Die Armee Judenitsch ist zum Gegenangriff übergegangen, nahm 2000 Mann gesangen und erbeutete 16 Maschinengewehre sowie viel Kriegsmaterial. Nachdem die bolschewistische Gegenoffensive abgeschlagen war, schritten Judenitsch-Truppen vorwärts, obwohl sie aus Panzerzügen beschossen wurden. Am rechten Flügel, südlich von Zarikofje Selo und Pawlowka, ist die Lage unverändert. Aus kompetenter Quelle wird berichtet, daß die Nordostarmee seit dem 11. Oktober über 30 000 Gefangene gemacht hat.

Schwere Kämpfe bei Gatschina.

Paris, 3. November. (Pat.)

Schwedische Blätter melden das siegreiche Vordringen estnischer Truppen in westlich Richtung. Denselben Meldungen zufolge, steht die Armee Judenitsch bei Gatschina in schwerem Kampf.

Wilna, 3. November. (Pat.)

Aus Kowno wird gemeldet: Abteilungen Bernadots rückten von Bajzgola bis Michelmond in der Richtung Kowno an der Linie Radziwitschi-Kowno vor.

Die Aktion gegen Petersburg.

Lyon, 3. November. (Pat.)

Aus Helsingfors wird gemeldet: Finnlandische Blätter veröffentlichen ein Interview mit Vjatjessow, der in Helsingfors eingetroffen ist um an den Beratungen der finnischen Regierung in der Frage der Aktion gegen Petersburg teilzunehmen. Vjatjessow ist der Meinung, daß der Vormarsch Judenisch wegen der Operationen Bernadots aufgehalten werden sei, da die Truppen Bernadots die Esten zwangen, ihm nach Lettland zu entsiedeln. Judenisch konnten daher weder Munition noch Lebensmittel zugestellt werden. Vjatjessow hat dem finnischen Minister des Auswärtigen eine Note zugehen lassen, in der die Hilfe Finnlands zur Befreiung Petersburgs formal verlangt wird. In dieser Note erkennt Vjatjessow die Unabhängigkeit Finlands und versichert, daß nur eine rasche Intervention Finlands zur wirtschaftlichen Befreiung dieses Landes beitragen könne.

Lokales.

Łódź, den 5. November 1919.

Hauptversammlung der „Deutschen Selbsthilfe“ in Łódź.

Der hier seit dem Jahre 1915 bestehende Einlaß- und Verbrauchsverein „Deutsche Selbsthilfe“ hielt am verflossenen Sonntag im Saale des Hotelneses die vierjährige Hauptversammlung seiner Mitglieder ab, die im 2. Termin um 5 Uhr nachmittags eröffnet wurde. Anwesend waren gegen 200 Mitglieder.

Herr o. Ludwig, Vorsitzender des Aufsichtsrates und Leiter der Versammlung, sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Mitglieder nur in geringer Zahl erschienen waren, worauf er dem Rechnungsbüro Herrn Seidel das Wort zu folgendem Bericht erließ.

Die Umsätze der „Deutschen Selbsthilfe“ sind im Vergleich zu anderen Jahren bedeckt geblieben. Der Kassenabschluß vom 1. Oktober 1918 bis zum 30. September 1919 betrug 3114109 M. Die Warenumsätze betrugen während dieses Zeitraumes 1829905 M. gegen 1022000 M. des Vorjahrs. Gebäck wurde umgekehrt für 1133483 M. im Vorjahr nur für 265000 M. Kohle und Holz wurden verkauft für 111992 M. 1917/18 für 98500 M. Der Gesamtumsatz des verflossenen Geschäftsjahrs beziffert sich demnach auf 3074981 M. gegen 1385000 M. im Vorjahr.

Der Vorsitzende des Vorstandes, Herr Bauer, bot hier auf einen allgemeinen Bericht. Aus diesem ging hervor, daß das Anteilskapital der Mitglieder in Höhe von 48600 M. in keinem Verhältnis zu dem erzielten Umsatz stand, so daß die Geschäftsführung ständig auf Kreditnahme angewiesen blieb. Die seitens der vorjährigen Hauptversammlung an die Mitglieder ergangene Bitte um Auflösung der Anteile bis zu dem jetzt erzielbaren Betrage von 50 M. war nur wenig Erfolg. Würden alle Mitglieder ihrer Verpflichtung nachkommen, wozu igar durch keine Ratenzahlung Gelegenheit geboten wird, so könnte die „Deutsche Selbsthilfe“ über genügend eigenes Kapital verfügen und braucht nicht teure Kredite in Anspruch zu nehmen. Die Verwaltung wäre dann auch in der Lage, weitere Zweigstellen zu eröffnen, was der Kundschaft zu gute käme. Der Bericht stellte den bestehenden Erfolg des Waren und Gebäckhandels; bei dem Heizmaterialien-Betrieb ist dieser ein geringer zu nennen da es im verflossenen Jahre, als dieser Artikel bekanntlich sehr manigfach war. Der Betrieb des gesamten Betriebes von 50 M. hatte nur wenig Erfolg.

Würden alle Mitglieder ihrer Verpflichtung nachkommen, wozu igar durch keine Ratenzahlung Gelegenheit geboten wird, so könnte die „Deutsche Selbsthilfe“ über genügend eigenes Kapital verfügen und braucht nicht teure Kredite in Anspruch zu nehmen. Die Verwaltung wäre dann auch in der Lage, weitere Zweigstellen zu eröffnen, was der Kundschaft zu gute käme. Der Bericht stellte den bestehenden Erfolg des Waren und Gebäckhandels; bei dem Heizmaterialien-Betrieb ist dieser ein geringer zu nennen da es im verflossenen Jahre, als dieser Artikel bekanntlich sehr manigfach war. Der Betrieb des gesamten Betriebes von 50 M. hatte nur wenig Erfolg.

Herr Bauer kam sodann auf den inneren Betrieb zu sprechen. Er begründete, daß die von allen Hausfrauen so schmerzlich empfundene Einführung des Milchverkaufs aus dem Grunde erfolgt sei, weil er mit Verlusten für das Geschäft verbunden war. Die Landleute lieferten gewisse Milch, was der „Deutschen Selbsthilfe“ mehrmalige Strafzulagen an die Börsen einbrachte. Auch die Verarbeitung der Milch an Ort und Stelle erwies sich als unlohnend. Beim

